

Berlin, den 29. Juni 2007

**Erklärung
der deutschen Nationalen Kontaktstelle für die ‚OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen‘ zu einer Beschwerde des DGB gegenüber Bayer AG (EUBP-FFW ./ Bayer Philippines)**

Am 27. Juni 2003 reichte der DGB bei der deutschen Nationalen Kontaktstelle für die ‚OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen‘ eine Beschwerde gegen Bayer AG ein. Hintergrund der Beschwerde waren die Folgewirkungen der unrechtmäßigen Anerkennung einer von zwei konkurrierenden Betriebsgewerkschaften als Tarifvertragspartner seitens einer Tochtergesellschaft der Bayer AG auf den Philippinen in den Jahren 1998 bis 2002. Während infolge der Rechtsprechung des Philippinischen Supreme Courts im Jahre 2002 die rechtmäßige Gewerkschaft EUBP-FFW seitens Bayer Philippines ab diesem Zeitpunkt wieder als Tarifvertragspartner anerkannt wurde, waren die Folgewirkungen dieses Konfliktes aus Sicht des die Interessen der EUBP-FFW geltend machenden Beschwerdeführers DGB weiterhin zu beanstanden. Der Beschwerde vorausgegangen waren gerichtlich festgestellte Verstöße gegen das philippinische Arbeitsrecht, insbesondere das Tarifrecht, wobei es im Vorfeld differierende Voten und unterschiedliche Auffassungen über die Auslegung der Entscheidungen zwischen der Tochtergesellschaft Bayer Philippines und der philippinischen Gewerkschaft EUBP-FFW gab, die die Beschäftigten dort vertritt.

Konkret ging es einerseits um die Rechtmäßigkeit der betriebsbedingten Kündigung von Gewerkschaftsvertretern bzw. -mitgliedern der EUBP-FFW in den Jahren 2000 und 2002. Andererseits erhob die EUBP-FFW gegenüber Bayer Philippines den Anspruch auf die in den Jahren 1998 bis 2002 von Bayer Philippines an die rückwirkend als unrechtmäßig erklärte Gewerkschaft REUBP ausgezahlten Gewerkschaftsbeiträge. Der DGB und die EUBP-FFW sahen die Allgemeinen Grundsätze [Sektion II] sowie den Grundsatz ‚Beschäftigung und Beziehung zwischen den Sozialpartnern‘ [Sektion IV] der ‚OECD-Leitsätze‘, insbesondere das Prinzip der ‚bona fide‘-Verhandlungen, als nicht eingehalten an.

Die deutsche Nationale Kontaktstelle hat die aufgeworfenen Fragen nach einer sorgfältigen Vorprüfung angenommen und ausführliche Stellungnahmen beider Parteien eingeholt. Sie hat im Juli 2004 ein Gespräch mit dem DGB sowie im Oktober 2004 ein Gespräch mit beiden Parteien im damaligen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit geführt, um auf eine für den DGB, die betroffene philippinische Gewerkschaft und ihre Vertreter sowie die Bayer AG akzeptable Einigung hinzuwirken. Wesentliches Ergebnis des gemeinsamen Gesprächs war es, daß wegen des sehr komplexen Sachverhalts beide Parteien noch weitere Informationen einzuholen hatten.

Mit folgender gemeinsamer Erklärung kann auf Grundlage der eingeholten vorliegenden Informationen und nach weiteren Gesprächen zwischen NKS und DGB und einem gemeinsamen Gespräch aller Parteien im Mai / Juni 2007 dieser Fall nach den ‚OECD-Leitsätzen‘ vorbehaltlich des rechtsverbindlichen Abschlusses der Vereinbarungen innerhalb einer angemessenen Frist

zwischen den drei beteiligten Parteien auf den Philippinen (Bayer Philippines, EUBP-FFW und dem ehemaligen Gewerkschaftspräsidenten) abgeschlossen werden:

Die Bayer AG erklärt, dass eine Behinderung der gewerkschaftlichen Tätigkeit der EUBP-FFW seitens der seinerzeitigen Geschäftsführung der Bayer Philippines zu keiner Zeit beabsichtigt war und bedauert, wenn dieser Eindruck bei der EUBP-FFW und dem DGB entstanden sein sollte. Die Bayer AG ist hierzu der Auffassung, dass die aufgetretenen Kontroversen möglicherweise hätten vermieden werden können, wenn alle Beteiligten mehr Kooperationsbereitschaft gezeigt hätten und eher aufeinander zugegangen wären.

Angesichts der Tatsache, dass der EUBP-FFW im Zeitraum 1998 bis 2002 ein erheblicher Anteil an Gewerkschaftsbeiträgen entgangen ist, hat Bayer Philippines im Interesse der weiteren vertrauensvollen Zusammenarbeit ein finanzielles Angebot unterbreitet. Die Zahlung erfolgt umgehend unter der Voraussetzung, dass die EUBP-FFW gegen Bayer Philippines keine Ansprüche wegen im Zeitraum 1998 bis 2002 - zwischenzeitlich unstrittig - an die REUBP abgeführter Gewerkschaftsbeiträge mehr geltend macht und die Zurücknahme aller Anträge und Rechtsmittel in diesem Zusammenhang entsprechend nachweist.

Bei dem mittlerweile einzig noch anhängigen individuellen Arbeitsgerichtsverfahren, das der ehemalige Vorsitzende der EUBP-FFW gegen Bayer Philippines führt, wurde bereits eine Einigung unter Berücksichtigung des Urteils des Courts of Appeals vom 30. Januar 2006 erzielt. Dieses sah die Wiedereinstellung des ehemaligen Gewerkschaftspräsidenten unter Fortzahlung sämtlicher Ansprüche und Bezüge seit der Kündigung im Jahre 2000 sowie die Zahlung einer Schadenskompensation vor.

Alle Parteien bekunden, dass mit der einvernehmlichen Beendigung dieses Verfahrens ein Schlussstrich unter den oben dargestellten Sachverhalt gezogen wird.

Die Nationale Kontaktstelle geht davon aus, dass dieser Dialog zu einer gütlichen Beilegung der hier erörterten Beschwerde und zu einem intensivierten Informationsaustausch zwischen den beiden Parteien sowie verbesserter Transparenz beiträgt und dankt den Beteiligten, insbesondere Frau Meyer und den Herren Dr. Eckl, Botsch und Hahn vom DGB sowie Frau Ehemann-Schneider, Herrn Naumann und Herrn de Win, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats, von Bayer AG für ihre konstruktive Mitarbeit.

Die "OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen" stellen als Teil der "OECD-Erklärung über internationale Investitionen und multinationale Unternehmen" Empfehlungen für ein verantwortungsvolles unternehmerisches Verhalten bei Auslandsinvestitionen dar. Die Regierungen der OECD-Mitgliedsstaaten sowie anderer teilnehmender Länder haben sich verpflichtet, über die jeweiligen ‚Nationalen Kontaktstellen‘ (in Deutschland im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) die Anwendung dieses freiwilligen Verhaltenskodexes zu fördern und bei Beschwerden im Wege der vertraulichen Vermittlung unter Mitwirkung hierfür relevanter Partner zu Lösungen beizutragen.